



Terror und Gewalt gemeinsam bekämpfen

Unionsfraktionschef bietet Koalition begrenzte Zusammenarbeit an

Zur Bekämpfung von Terror und Gewalt hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz der Koalition eine begrenzte Zusammenarbeit angeboten. Es müssten Entscheidungen getroffen werden, bevor die Probleme des Landes unlösbar würden, sagte Merz. Nicht nur der islamistisch motivierte Polizistenmord von Mannheim, auch der grassierende Antisemitismus sowie Übergriffe gegen Politiker und Einsatzkräfte zeigten „die zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft“.

Merz antwortete im Bundestag auf die Regierungserklärung des Kanzlers zur inneren und äußeren Sicherheit. Dabei bot er der Regierung an, bei aller Meinungsverschiedenheit „wenigstens den kleinsten gemeinsamen Nenner“ zu suchen. Er wies darauf hin,



Friedrich Merz bei seiner bei seiner Erwiderung auf Bundeskanzler Scholz im Plenum am Donnerstag.

„dass die Bürgerinnen und Bürger nicht erst seit dem Terroranschlag auf den jungen Polizisten in Mannheim Fragen an die Politik richteten – etwa diese: Was tun wir für den Erhalt der freiheitlichen, offenen Seite 2

Am Sonntag ist **Kommunal- und Europawahl.**

9. JUNI CDU WÄHLEN!

IN FREIHEIT.
IN SICHERHEIT.
IN EUROPA.

Karl-Arnold-Schule besucht Bundestag

Die Karl-Arnold-Schule Biberach ist eine unserer wichtigen Berufsschulen im Landkreis. Josef Rief ist gern hier zu Besuch. Umso mehr freut er sich, dass ihn regelmäßig Abschlussklassen der Karl-Arnold-Schule im Bundestag besuchen, so wie auch am Freitag in dieser Sitzungswoche. Kurz vor der Europawahl waren viele Themen zu besprechen. Der Krieg in der Ukraine wurde ebenso diskutiert, wie der Glasfaserausbau im Landkreis, der unschöne Ausbau von großen Solaranlagen auf Ackerflächen und Grünland sowie die Gesundheitsversorgung vor Ort. Am Abend steht ein Vortrag im Plenarsaal des Bundestages auf dem Programm. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

und liberalen Gesellschaft? „Die Menschen erwarten, dass wir handeln“, mahnte der Fraktionsvorsitzende. Die Zeit des Wartens, Abwiegelns und Ankündigens sei vorbei. Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Regierung müssten die Lage endlich in den Griff bekommen, sonst sei der Zusammenhalt der Gesellschaft bedroht. Auf die zunehmende Gewaltbereitschaft „müssen wir jetzt gemeinsam hart und klar reagieren“.

Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte, die Bürgerinnen und Bürger wollten nicht nur Ankündigungen. „Wenn Gewalttaten zunehmen, dann müssen die Gesetze schärfer werden.“ Insbesondere beim Islamismus habe die Regierung zu lange weggeschaut.

Merz forderte Abschiebungen auch in Länder wie Afghanistan und Syrien, mehr Befugnisse für die Polizei bei Ermittlungen im Internet, eine stärkere Kontrolle der sozialen Medien und eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten. Das Islamische Zentrum in Hamburg, eine Brutstätte des Islamismus,

müsse endlich geschlossen werden – so, wie es der Bundestag bereits im Oktober vergangenen Jahres beschlossen hatte.

Vor allem forderte der Fraktionschef, den Polizisten den Rücken zu stärken, die mit ganzem Einsatz unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat verteidigten. Merz wie auch Dobrindt zeigten sich tief bestürzt über den Mord an dem jungen Polizisten, aber auch über den zynischen Umgang von Teilen der Öffentlichkeit mit islamistisch motivierten Attentaten.

Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine warf Merz Scholz erneut gefährliche Zögerlichkeit vor. Dessen Entscheidungen zur Unterstützung der Ukraine „kommen immer zu spät“ – wie auch jüngst die Erlaubnis für Kiew, mit westlichen Waffen in begrenztem Maß militärische Stützpunkte auf russischem Gebiet anzugreifen. Diese Entschlüsse seien geprägt von Ängstlichkeit, einem beständigen Hin und Her sowie falscher Lageeinschätzung. ■

Wölfe auf dem Vormarsch: Union will Schutzstatus einschränken

Wölfe sind in Europa auf dem Vormarsch und keinesfalls harmlos. Sie reißen Schafe und Rinder, Pferde und Ziegen – für Bauern und Weidetierhalter ein Riesensproblem. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich daher dafür ein, dass der Schutzstatus des Wolfes herabgestuft wird und unterstützt damit einen Vorschlag der

EU-Kommission. Das bedeutet: Es könnten nicht nur „Problemwölfe“ abgeschossen werden, die Weidetiere gerissen haben. Wölfe könnten auch dann gejagt werden, wenn ihre Anzahl in einer Gegend zu groß wird. Die CDU/CSU fordert sie die Bundesregierung auf, sich ebenfalls dafür einzusetzen, dass Wölfe weniger streng geschützt werden ■



Liebherr auf der ILA

Auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin war der Stand von Liebherr nicht nur für Josef Rief ein Highlight. Unter anderem wurden Fahrwerke und einfaltbare Flügelspitzen für Verkehrsflugzeuge gezeigt. Mit Philipp Walter und Gerd Heinzemann von

Liebherr Aerospace Lindenberg konnte Rief über die Herausforderungen und Chancen der Branche sprechen. Im Military Support Center, wo es um die Ausrüstung von Streitkräften geht, präsentierte Liebherr Lösungen für zivile und militärische Luftfahrt. ■